

Wählen reicht nicht - werde aktiv bei der SAV!

6 Millionen Arbeitslose, Sozialabbau, millionenfache Obdachlosigkeit und Armut, Terror von Neonazis - Kohls Rechtsfront gehört abgewählt. Eine Linksfront aus SPD und PDS mit linker Politik wäre die zur Zeit günstigste Alternative zur Kohl-Regierung. Aber sie muß eine radikal andere Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend machen.

Die Unternehmer haben 700 Milliarden DM auf der hohen Kante. Die Banken verdienen sich dumm und dämlich. 85 Milliarden in Deutschland besitzen 249 Milliarden DM. Diese Macht muß gebrochen werden. Das erfordert Kampf. Keine der linken Parteien ist dazu bereit. Wir warnen davor, daß sie die Politik der Kohl-Regierung, sollten sie die Wahl gewinnen, ähnlich fortsetzen.

Wir müssen uns organisieren, unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen und Druck auf SPD, PDS und Gewerkschaften machen. Wir wollen keine abgehobenen Funktionäre in den Führungen dieser Organisationen. Sie sollen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn!

Die *Sozialistische Alternative VORAN - SAV* ist eine politische Kampforganisation. Wir wollen weder die Diktatur des Kapitals noch die Diktatur von Staatsbürokraten. Wir kämpfen für eine sozialistische Demokratie, in der die arbeitende Bevölkerung bestimmt, wo es langgeht.

- Schickt mir weitere Informationen über Eure Arbeit und Eure Politik
- Ich will Mitglied der *Sozialistischen Alternative VORAN* werden

Name, Adresse, Telefon

Ausschneiden und schicken an: Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
☎ 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

V.i.S.d.P.:
A. Bentert,
OO VORAN

Die Sozialistische Alternative VORAN - SAV fordert:

- ★ *Sofortige Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich*
- ★ *Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle*
- ★ *ein umfassendes staatliches Investitionsprogramm in den Bereichen Wohnungsbau, Umwelt und Verkehr, Bildung und Soziales*
- ★ *garantierter Ausbildungsplatz und unbefristete Übernahme in den erlernten Beruf*
- ★ *Mindestlohn von 2000 DM netto, gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei Männern und Frauen, in Ost und West*
- ★ *Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung im Sozialbereich*
- ★ *Überführung der Banken, Versicherungen und Schlüsselindustrien in Gemeineigentum*
- ★ *demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung der Betriebe, z. B. durch Besetzung der Aufsichtsräte durch je ein Drittel Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaften, des Staates; kein Funktionär darf mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn*
- ★ *demokratische Planung der Wirtschaft entsprechend den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung und der Umwelt*

Zeigt Kohl
die rote Karte

Arbeit für alle!

Alle reden von Arbeitslosigkeit. Trotzdem steigt sie immer weiter. Kohl beschwört den Aufschwung. Aber es ist ein Aufschwung ohne Jobs. Kein Politiker spricht mehr von Vollbeschäftigung. Aber wir können und wollen uns mit Millionen Arbeitslosen nicht abfinden.

Sozialistische Alternative VORAN - SAV



30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Die offizielle Arbeitslosenstatistik weist 4 Millionen Arbeitslose aus. Tatsächlich haben nach Gewerkschaftsangaben 8,1 Mio. keinen festen Arbeitsplatz, denn die Statistik läßt Folgende unter den Tisch fallen: Vorruehständler, Altersübergänger, Kurzarbeiter, Arbeitslose ohne Arbeitslosengeld, Menschen in ABM, Umschulungs- oder Fortbildungsmaßnahmen.

Ostdeutschland

Die Lage in den neuen Ländern hat nur noch wenig mit der Mißwirtschaft der alten Staatsbürokratie, aber alles mit dem Prinzip der Marktwirtschaft zu tun. Die Treuhand selbst hat anfangs geschätzt, daß ein Drittel der Betriebe konkurrenzfähig, ein weiteres Drittel sanierungsfähig sei. Aber die Marktwirtschaft, sprich der Kapitalismus, verfolgt ein anderes Ziel. Westdeutsche Unternehmer, die Kohl-Regierung und die Treuhand haben dafür gesorgt, daß zwei Drittel der Industrie abgeschlachtet wurde und die Hälfte aller Arbeitsplätze verloren ging. Auch konkurrenzfähige Betriebe wurden plattgemacht.

Jugend

Für die Jugend bieten sich immer schlechtere Perspektiven. In Ostdeutschland fehlen diesen Herbst 70 000 Lehrstellen. Im Westen werden sie immer knapper.

Viele sind 1994 nach Abschluß ihrer Ausbildung nicht in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen worden, im Osten jeder 4. Jugendliche. 1993 waren in Westen 13,5% aller Jugendlichen 3 Jahre nach Abschluß der Lehre immer noch erwerbslos.

Wer glaubt, einen Ausweg durch Weiter-

bildung finden zu können, sieht sich den massiven Kürzungen bei Bildung und Fortbildung gegenüber.

Armut

Parallel zur Arbeitslosigkeit steigt die Verarmung. 4,5 Millionen Menschen beziehen Sozialhilfe. 7,25 Mio. leben unterhalb der Armutsgrenze (weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Nettoeinkommens). Arbeitslose und Arme werden auch noch selbst für ihre Lage verantwortlich gemacht und verhöhnt. Kohl spricht vom „Freizeitpark Deutschland“. Konservative PolitikerInnen, die 15 000 DM und mehr im Monat verdienen, kürzen das Arbeitslosengeld und hetzen gegen sog. „Sozialschmarotzer“. Ständig wird das Märchen verbreitet, man könne sich mit Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe ein schönes Leben machen. Doch die Bundesanstalt für Arbeit zahlt an Frauen im Durchschnitt 1010 DM, an Männer 1551 DM (12/92). 44,7% der arbeitslos Gemeldeten beziehen überhaupt kein Arbeitslosengeld. Die Sozialhilfe beträgt 507 DM West und 489 DM Ost – kann man davon gut leben?

Billig-Tarife

Den bürgerlichen Parteien fällt zur Arbeitslosigkeit nur ein, Lohnkürzungen zu fordern und es den Unternehmern einfacher zu machen, Beschäftigte in unsicheren Arbeitsverhältnissen einzustellen. Die Arbeitsvermittlung wird für private Vermittler geöffnet. Dadurch gibt es keinen Arbeitsplatz mehr, aber – wie bei Wohnungsmaklern – mehr Geschäftemacherei mit der Arbeitslosigkeit.

Das Heer der Arbeitslosen wird als Druckmittel auf die Löhne eingesetzt. Es soll ergänzt werden durch ein Heer von Billiglohn-Beschäftigten in allen denkbaren Varianten von unsicheren oder ungeschützten Arbeitsverhältnissen: von ABM über Leiharbeit bis zur Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger zum Stundenlohn von 3 DM.

Diese Zustände zeigen: der Kapitalismus bietet uns kei-

ne Zukunft. In jeder wirtschaftlichen Krise der letzten 20 Jahre verdoppelte sich der „Sockel“ der Arbeitslosigkeit und wurde im darauffolgenden Aufschwung nicht wieder abgebaut. Unsinnig ist die Behauptung, Arbeit sei knapp. Es gibt genug zu tun: im Wohnungsbau, bei öffentlichen und sozialen Dienstleistungen, im Umweltbereich.

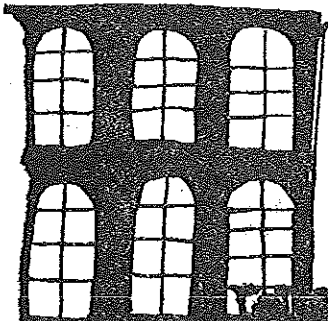
Bundesregierung und Unternehmer fordern mehr Teilzeitarbeit. Damit soll die Arbeit zum Billigtarif vor allem zu Lasten der Frauen umverteilt werden. Wie wäre es mit einer Umverteilung der vorhandenen Arbeit auf alle? Dann könnten nämlich alle weniger arbeiten. Es ist ohnehin völlig absurd, daß die einen Überstunden fahren und die anderen auf Nullstunden sitzen.

Finanzierung

Auch ein voller Lohnausgleich wäre finanzierbar. Die Arbeitslosigkeit kostet jährlich 120 Mrd. DM. Wenn alle Arbeitslosen in Arbeit kämen, könnten sie rund 200 Mrd. DM zum Sozialprodukt beitragen. Und dann sind da schließlich noch die Gewinne von gestern. Warum sollen wir sie nicht zur Finanzierung der Arbeit von morgen einsetzen, statt zur Bereicherung der Banken, Großaktionäre und Spekulanten von heute?

Voraussetzung dafür ist, daß die Wirtschaft nicht mehr so anarchisch und nach dem Profitprinzip funktioniert wie heute, sondern demokratisch geplant, entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Das erfordert radikale Maßnahmen. Aber anders ist der Krise nicht beizukommen.

Die PolitikerInnen haben sich mit Weimarer Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt abgefunden. Sie können es sich leisten. Wir nicht.



ARBEITSAMT

